

Signatur: 2026.SR.0195
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Christoph Leuppi (GFL)
Mitunterzeichnende: Carola Christen, Michael Ruefer, Michael Burkard, Tanja Miljanović, Mirjam Roder
Einreichdatum: 28. Mai 2026

Interpellation: PFAS-Verschmutzung in der Stadt Bern

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat die Stadt eine Übersicht über die PFAS-Verschmutzung der Umwelt auf dem Stadtgebiet, namentlich Böden, Grundwasser und Oberflächenwasser (u.a. aufgrund von Bränden, Übungsanlagen, Klärschlammeintrag, Deponien, ARA, Industrie)?
 - 1.1 Auf welche Basis stützt sich der aktuelle Wissensstand der Stadt über PFAS- belastete Böden bzw. Grundwasser und Oberflächenwasser? Gibt es systematische Proben oder werden diese eher zufällig bei neuen Baugeschäften entdeckt?
 - 1.2 Sind zusätzliche oder regelmässige PFAS-Messungen beziehungsweise ein systematisches Monitoring von Böden, Grundwasser oder Oberflächengewässern vorgesehen? Falls ja, in welchen Bereichen und in welchem Umfang?
 - 1.3 Wie gross ist der Unsicherheitsfaktor, dass es neben den bisher entdeckten PFAS-belasteten Böden noch weitere belastete Gebiete bzw. belastetes Grundwasser oder Oberflächenwasser gibt?
2. Wie gedenkt der Gemeinderat mit den PFAS-belasteten Umweltschäden auf Stadtgebiet umzugehen? Existiert ein Konzept und falls ja, wie sieht dieses aus?
 - 2.1 Welche Aufgaben und Zuständigkeiten liegen im Bereich PEAS aus Sicht des Gemeinderats in der Verantwortung der Stadt, und in welchen Bereichen ist eine Zusammenarbeit mit Kanton oder Bund vorgesehen beziehungsweise notwendig? Welche kantonalen oder bundesrechtlichen Vorgaben sind für die Stadt dabei massgebend?
 - 2.2 Berücksichtigt die Stadt bei öffentlichen Beschaffungen und Vergaben bereits Kriterien zur Vermeidung PEAS-haltiger Produkte oder Materialien? Falls ja, wie; falls nein, ist dies vorgesehen?
3. Wie schätzt der Gemeinderat das Risiko ein, dass auf Stadtgebiet nach wie vor Anlagen existieren, die in Bezug auf den Eintrag von PFAS in die Umwelt ein Risiko darstellen (z.B. Löschanlagen mit PFAS-belastetem Löschschaum)?
 - 3.1 Falls ein solches Risiko besteht oder nicht ausgeschlossen werden kann: Welche Massnahmen plant der Gemeinderat, um diese Risiken zu minimieren beziehungsweise weitere Einträge zu verhindern?
4. Wie schätzt der Gemeinderat die möglichen finanziellen Risiken und Folgekosten im Zusammenhang mit PFAS-Belastungen auf Stadtgebiet ein, insbesondere hinsichtlich Untersuchungen, Sanierungen, Entsorgung, Infrastruktur oder möglicher Auswirkungen auf die Wasserversorgung und öffentliche Gesundheit?

Begründung

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), häufig als «Ewigkeitschemikalien» bezeichnet, sind seit den 1940er-Jahren im Einsatz und finden bis heute breite Anwendung, etwa in Feuerlöschschäumen, beschichteten Kochutensilien oder Imprägniermitteln. Aufgrund ihrer aussergewöhnlichen Beständigkeit gelangen sie über verschiedene Eintragsquellen — darunter industrielle Prozesse, kontaminierter Klärschlamm in der Landwirtschaft oder Feuerwehreinsätze — in die Umwelt. Von

dort aus verbreiten sie sich über Wasser und Nahrungsketten und sind mittlerweile nachweislich im Blut der gesamten Bevölkerung vorhanden.

PFAS stellen ein erhebliches Risiko für Umwelt, Gesundheit sowie auch für Wirtschaft und öffentliche Finanzen dar. In der Schweiz wurden diese persistenten Substanzen bereits in Böden, Gewässern und Lebensmitteln wie Fisch und Fleisch festgestellt. Sie gelangen über belastete Umweltkompartimente und Futtermittel in die Nahrungskette und reichern sich in Organismen an. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen ihre gesundheitsschädlichen Wirkungen, darunter Beeinträchtigungen der Schilddrüsenfunktion, Schäden an Organen, Störungen des Fettstoffwechsels sowie ein mögliches krebserregendes Potenzial.

Angesichts dieser Befunde besteht dringender Handlungsbedarf. Erforderlich sind sowohl wirksame Strategien zur Reduktion von PFAS-Emissionen als auch langfristig angelegte Massnahmen zur Sanierung kontaminierter Standorte. Ohne konsequentes und koordiniertes Vorgehen drohen erhebliche negative Auswirkungen auf Umwelt, Landwirtschaft und die öffentliche Gesundheit.